



STELLUNGNAHME

EINE WACHSTUMS- UND BESCHÄFTIGUNGSSTRATEGIE FÜR EUROPA

*RAUS AUS DER KRISE – EIN BESSERES
WIRTSCHAFTSMODELL FÜR EUROPA*

*Beschäftigung und Wachstum statt Sparpolitik und
Rezession*

Datum:

19/06/2012



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60
B-1047 Bruxelles
T +32 2 284 2111
F +32 2 230 6664
www.socialistsanddemocrats.eu

INHALTSVERZEICHNIS

Einführung	3
1 Die Gewährleistung von Investitionen durch angemessenere Haushaltsregeln:	3
2 Anzapfen neuer Einkommensquellen:	4
3 EU-Haushalt:	4
4 Senkung der Verschuldungskosten:	5
5 Eine ausgewogene Lohnpolitik:	5
6 Eine verantwortliche und zweckdienliche wirtschaftspolitische Steuerung:	6
7 Stabilität und Wachstum: das fehlende Bindeglied	7

EINFÜHRUNG

Die Krise, die im Jahr 2008 begonnen hat, zwang sowohl die EU-Mitgliedstaaten als auch die USA, ihre Haushaltspolitik zur Vermeidung einer lang andauernden Rezession oder sogar Depression einzusetzen. Die politischen Maßnahmen der USA haben sich dabei als effektiver erwiesen, weil sie schneller, stärker und dauerhafter (eigentlich passt nachhaltig am besten) waren. Dagegen hinkten Europäische Kommission und Rat unter ihrer konservativgerichteten Führung den Ereignissen hinterher. Europas haushaltspolitische Anreize waren zu klein, kamen zu spät und 2009 - ohne Lehren aus der Geschichte zu ziehen, getrieben von Angst vor den Finanzmärkten und einer fehleingeschätzte Makroökonomie - vollzog die EU einen dramatischen Schwenk von wirtschaftsorientierten Anreizen hin zu einer Sparpolitik und hat durch ihren aussichtslosen Versuch, Haushaltsdefizit und Schulden in einem unhaltbaren Tempo zu reduzieren, die wirtschaftliche und soziale Krise verschärft und verlängert.

Eine intelligentere Wirtschaftspolitik fängt mit dem Verständnis dessen an, was schief gegangen ist. Deshalb hat unsere alternative Strategie drei grundlegende Zielsetzungen:

1. eine geschickte Haushaltskonsolidierung zu erreichen, die wieder Vertrauen schafft, Einkommensquellen erschließt, wesentliche Investitionen schützt und Haushaltsbereichen sucht, in denen es der Gesamtnachfrage am wenigstens schadet sozialverträglichsten ist;
2. in einer mittelfristig angelegten Konsolidierungsstrategie eine koordinierte Investitionsstrategie umzusetzen, um gezielt die Infrastruktur zu Humankapital zu investieren und den Grundstein für ein intelligenteres und grüneres legen;
3. die Probleme anzugehen, die die Krise verursacht haben, darunter regionale der Produktion und ein wachsendes Ungleichgewicht zwischen Einkommen und Profit, zwecks Erhaltung der Nachfrage zu übermäßiger Kreditabhängigkeit geführt hat.

1 DIE GEWÄHRLEISTUNG VON INVESTITIONEN DURCH ANGEMESSENERE HAUSHALTSREGELN:

Der Stabilitäts - und Wachstumspakt hat zum Rückgang öffentlicher Investitionen in Europa beigetragen, da es nicht vermochte, zwischen laufenden Aufwendungen und Investitionen zu unterscheiden. Wie auch in der Geschäftswelt ist es für Regierungen sinnvoll, zur Finanzierung produktiver Investitionen Kredite aufzunehmen - solange der Gewinn die Kosten übersteigt. Offizielle Statistiken über öffentliche Investitionen zeigen klar die negativen Auswirkungen dieses

Designfehlers: öffentliche Investitionen haben europaweit von über 3.5% am Ende der Neunziger Jahre auf heute nur 2.5% abgenommen.

Neue Regeln über öffentliche Investitionen müssen sorgfältig erstellt werden, um zu gewährleisten, dass sie nicht die haushaltspolitische Stabilität unterlaufen. Sie sollten in einer "Wachstumsvorschrift" festgelegt werden, die die bestehenden Regeln der Wirtschaftsregierung ergänzt. Auf der Grundlage eng begrenzter, von der Europäischen Kommission überwachter Definitionen produktiver Investition und unter Anwendung nationaler Definitionen, für die die Kommission bereits die Verantwortung trägt, würde diese Vorschrift eine Unterscheidung zwischen laufenden Aufwendungen und Investitionen in den Stabilitäts - und Wachstumspakt einbringen und damit Defizitverfahren auf laufende öffentliche Aufwendungen lenken - das heißt, Aufwendungen abzüglich produktiver Investitionen. Die Auswirkungen dieser Änderung, die den Stabilitäts - und Wachstumspakt mit wirtschaftlichen Standarddefinitionen besser in Einklang brächte, würden zusätzlichen finanzpolitischen Spielraum für Investitionen in der Eurozone eröffnen. Durch diesen neuen Ansatz im Investitionsbereich wäre die Vorschrift Grundlage für eine koordinierte Europäische Investitionsstrategie, die sich schwerpunktmäßig der Bildung, Modernisierung der Infrastruktur und der Entwicklung intelligenter, grüner und energiesparender Technologien widmet. Weitere Einzelheiten zu diesem Vorschlag befinden sich in der Anlage zu diesem Vermerk: "Das fehlende Glied zwischen Stabilität und Wachstum".

2 ANZAPFEN NEUER EINKOMMENSQUELLEN:

Eine Europäische Finanztransaktionssteuer, die im Europäischen Parlament starke Unterstützung findet, würde mindestens €50 Mrd. jährlich erbringen (potenziell mehr als €200 Mrd. jährlich), ein gewichtiger Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Durch Steuerbetrug und -flucht sowie Steuerhinterziehung entgeht den Europäischen Regierungen jährlich €1 Billion. Wir haben als Zielsetzung vorgeschlagen, diesen Betrag bis 2020 zu halbieren und zu ihrer Verwirklichung eine Reihe von Maßnahmen auf EU - und nationaler Ebene aufgezeigt. Wir fordern die EU auf, bis 2012 einen durchführbaren und ehrgeizigen Aktionsplan für die Erreichung dieser Zielsetzung 2020 zu erstellen.

3 EU - HAUSHALT:

Der EU - Haushalt sollte ein wichtiges Instrument zur Förderung von Wachstum und Investitionen werden, ohne zum Haushaltsdefizit beizutragen. Das neue multilaterale Rahmenwerk (MFF) für

2014 - 2020 sollte mindestens die Höchstgrenze von 2013 beibehalten (1.29% des BSP für Verbindlichkeiten und 1.23% des BSP für Zahlungen). Strukturfonds sollten ebenfalls mindestens auf aktuellem Niveau bleiben mit neuen Finanzinstrumenten zur Unterstützung europäischer Projekte. Effizienterweise sollten Strukturfonds an Länder gehen, die mit Schwierigkeiten kämpfen (niedrige oder fehlende Ko - Finanzierung) und ein Teil davon sollte für Soziales und Armutsbekämpfung vorgemerkt werden. Sie sollten auch die physische Infrastruktur im Transport - , Energie - und Forschungsbereich unterstützen sowie bei der Innovation, Weltraum - und grünen Technologien.

Die derzeitige Unterfinanzierung von EU - weiten strategischen Investitionsprojekten, insbesondere bei trans - europäischen Netzwerken und der Forschung, ist für Europas zukünftige Wettbewerbsfähigkeit und sein Wachstumspotenzial entscheidend. Diese Unterfinanzierung muss durch die Entwicklung von Projektbonds überwunden werden, deren Finanzierung durch die Erhöhung der jährlichen Finanzierungskapazität der Europäischen Investitionsbank von €80 Mrd. auf mindestens €200 Mrd. erreicht werden könnte.

4 SENKUNG DER VERSCHULDUNGSKOSTEN:

Ein gemeinsames System von Unionsstaatsanleihen (sogenannte "Eurobonds") würde die Fremdkapitalkosten für die Währungsunion reduzieren und ihre finanzielle Stabilität erhöhen. Um die Anfälligkeit der Mitgliedstaaten für Spekulationen auf den Finanzmärkten zu begrenzen und das Risiko einer Ansteckung zu vermeiden, sollte der Europäische Stabilitätsmechanismus darüber hinaus eine Bankenlizenz erhalten, um den Märkten zu signalisieren, dass er durch die Vollmacht der Europäischen Zentralbank abgesichert ist. ESM und EZB sollten darauf vorbereitet sein, aggressiv zu intervenieren, um das Vertrauen der Märkte in Staatsanleihen wieder herzustellen und somit die Belastung der nationalen Haushalte durch den Schuldendienst weiter zu vermindern.

5 EINE AUSGEWOGENE LOHNPOLITIK:

Lohnzurückhaltung ist der zentrale Ansatz der Rechten (siehe Anmerkung: Konservativen) für eine "strukturelle" Lösung der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit Europas. Die Wahrheit ist aber, dass die Arbeitskosten in der Eurozone auf einer Linie mit bzw. unter der Inflationsrate geblieben sind - das heisst, dass sie die Wettbewerbsfähigkeit Europas nicht geschmälert haben. Die Fokussierung der Rechten auf niedrige Löhne, die Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Aushöhlung der sozialen Rechte, vor dem Hintergrund hoher Jugendarbeitslosigkeit und steigender sozialer Ausgrenzung, beruht nicht auf wirtschaftswissenschaftlichen Überzeugungen, sondern auf ideologischen

Grundlagen. In den meisten europäischen Volkswirtschaften ist der Anteil der Löhne am Volkseinkommen in den letzten 30 Jahren dramatisch gefallen, was zu größeren wirtschaftlichen Ungleichgewichten geführt hat, sowie zu einem blinden Vertrauen in Kreditaufnahmen zur Stützung der Nachfrage, und somit den Boden bereitet für den finanziellen Zusammenbruch im Jahr 2008.

Darüber hinaus wird die Schwächung der Tarifverhandlungen den Druck auf Lohnsenkungen intensivieren und somit die wirtschaftliche Erholung weiter verzögern. Die Umkehrung dieses Ungleichgewichts sollte ein explizites Ziel der europäischen wirtschaftspolitischen Steuerung sein. Insbesondere in Krisenzeiten wie den heutigen sollte die Erhaltung bzw. Erhöhung der Kaufkraft von Lohnempfängern - und insbesondere von Niedriglohnempfängern - als ein Faktor für die soziale Kohäsion und die Sicherung der Binnennachfrage betrachtet werden, vor allem in Ländern mit Exportüberschüssen. Langfristig sollte die Entwicklung der Lohnsummen im Einklang stehen mit dem Produktivitätswachstum.

6 EINE VERANTWORTLICHE UND ZWECKDIENLICHE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE STEUERUNG:

Die kürzlich überarbeitete europäische Gesetzgebung zur Wirtschaftspolitik und die bereits getroffenen Entscheidungen zur Überwindung der Krise haben das Vorkrisensystem der europäischen wirtschaftspolitischen Steuerung erheblich verändert. Das hat dazu geführt, dass die Entscheidungsfindungs- und politischen Prozesse ausserordentlich komplex und undurchsichtig wurden und von den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr nachvollzogen werden können. Dadurch wird die demokratische Rechenschaftspflicht und Legitimität Europas bedroht. Die EU und die Eurozone benötigen eine effektivere, transparentere und demokratischere wirtschaftspolitische Steuerung. Eine institutionelle Reform in diesem Bereich ist notwendig, die sich fest auf die sogenannte Gemeinschaftsmethode stützt und eine starke Rolle für die Europäische Kommission und das Europäische Parlament vorsieht, welches gleichberechtigter Mitgesetzgeber in all den Bereichen werden sollte, die sich auf die Ausgestaltung europäischer Wirtschaftspolitik beziehen. Das Europäische Semester, der jährliche Koordinierungsprozess für die wirtschaftspolitische Steuerung, sollte auf europäischer und nationaler Ebene einer angemessenen demokratischen Debatte unterzogen werden.

7 STABILITÄT UND WACHSTUM: DAS FEHLENDE BINDEGLIED

Um Europa aus der Krise zu holen und auf einen nachhaltigen Wachstumskurs zu bringen, muss ein wichtiger Schwachpunkt im EWU und EU System der wirtschaftspolitischen Steuerung endlich angegangen werden: Es handelt sich um das Fehlen öffentlicher Investitionen in den Regelungen der nationalen Haushaltspolitiken. Das kann am besten erreicht werden, indem man die Gesetzgebung zur Haushaltsdisziplin mit einem neuen Regelungsinstrument für Wachstum und öffentliche Investitionen vervollständigt, und zwar innerhalb des bereits bestehenden Regelwerks zur Finanzpolitik - eine neue Wachstumsverordnung.

Das Fehlen von Regeln für eine Investitionspolitik in Europas Haushaltspolitiken hat zu einer chronischen Unterinvestition und zu gebremstem Wachstum der europäischen Wirtschaft seit der Schaffung der Konvergenzkriterien geführt. Weder der ursprüngliche Stabilitäts - und Wachstumspakt noch seine Überarbeitung von 2005 haben dieses Problem zur Kenntnis genommen. Die kürzliche "Sechser - Pack" Gesetzgebung hat ebenfalls keine notwendigen Massnahmen für öffentliche Investitionen vorgesehen, da die Mehrheiten in Rat und Parlament solche von der S&D Fraktion vorgeschlagenen Maßnahmen abgelehnt haben. Der Fiskalpakt hat diesen restriktiven Ansatz der Haushaltspolitik noch einmal bestätigt. Die S&D Fraktion will Änderungen zugunsten von Wachstum und Investitionen im Rahmen der laufenden Verhandlungen zum sogenannten "Zweier - Pack" durchsetzen, um in die vor kurzem verabschiedete Gesetzgebung zur weiteren Verschärfung der Haushaltsdisziplin neue Maßnahmen einzubringen.

Trotz umfangreicher Literatur, die bestätigt, dass öffentliche Investitionen zurückgehen als Ergebnis haushaltspolitischer Anpassungen¹, und trotz der akuten politischen Herausforderung aufgrund des aktuell historisch niedrigen öffentlichen Investitionsniveaus in den meisten europäischen Staaten², waren die führenden EU - Politiker nicht willens, die Defizitregeln zu überarbeiten, um die besondere Rolle öffentlicher Investitionen anzuerkennen, aus Angst die Haushaltsdisziplin zu schwächen. Wir sind fest von der Notwendigkeit strikter Haushaltsregeln überzeugt, um die Missbräuche der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Bei Investitionen können und sollten strenge Schutzklauseln

¹ Siehe, zum Beispiel, den 2004 IWF Bericht "Öffentliche Investition und Steuerpolitik"

² Öffentliche Investitionen in Europa sind von durchschnittlich 3.5% des BSP vor der EWU auf ungefähr 2.5% seit Einführung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Aber diese Stabilisierung (vergleiche 2000 vs 2010) würde einen weiteren durchschnittlichen Rückgang bedeuten, wenn man den Anstieg bei öffentlichen Investitionen in einer Reihe osteuropäischer Länder, insbes. Polen, weg liesse.

eingebaut werden, die der Kommission eine zentrale Rolle bei der Weiterentwicklung und bei der Kontrolle der Regeln und ihrer Anwendung einräumen.

Das bestehende Regelwerk zur Finanzpolitik muss daher vervollständigt und verstärkt werden mit einer neuen "Wachstumsverordnung". Diese Verordnung wird bindende Regeln und Prozesse enthalten zur Kontrolle von nationalen Investitionen im Einklang mit den bereits bestehenden Regeln für öffentliche Ausgaben und Schulden. Die Maßnahmen dieser Wachstumsverordnung müssen im Rahmen der nationalen Stabilitäts - und Wachstumsprogramme der Mitgliedstaaten und in den Empfehlungen des Jahreswachstumsberichts der Kommission umgesetzt werden .

Als Teil eines neuen Stabilitäts - und Wachstumspaktes sollte eine gemeinsame Strategie des Europäischen Rates vereinbart werden, die öffentlichen Gesamtinvestitionen in der EU auf mindestens 3% des BSP bis 2017 zu erhöhen. Um dieses Ziel zu erreichen müssen die Mitgliedstaaten sich auf jährliche Mindestinvestitionen verpflichten.